

Stellungnahme

zum: "Antrag Bad Pyrmont INTAKT/Unsere Stadt: Verschiebung des Baus eines Kreisels am Bahnhof um mindestens zwei Jahre und Streichung der Kosten im Haushaltsplan 2025"

unsere Entscheidung: Ablehnung

Begründung:

1. **Falsche Darstellung der Haushaltsmittel:**

Die im Antrag von INTAKT genannten Haushaltsmittel in Höhe von 1,8 Mio. € sind im Haushaltsjahr 2025 **nicht** vorgesehen. Vielmehr hat die Verwaltung diese Mittel für die Planungen im Jahr 2028 veranschlagt. Eine Diskussion über den Einsatz dieser Mittel für 2025 entbehrt daher jeglicher Grundlage.

2. **Langjährige Planungen und Investitionen:**

Die Gestaltung des Bahnhofsbereichs und die Verkehrslösung davor sind seit über zehn Jahren Gegenstand intensiver Planungen. Zeit, Geld und fachliche Expertise wurden bereits in die Entwicklung des Konzepts investiert. Verkehrsregelungen wurden geprüft, Fördermöglichkeiten ausgelotet, und es fanden umfangreiche Abstimmungen mit übergeordneten Behörden statt. Diese Arbeit einfach zu verwerfen, wäre nicht nur kurzsichtig, sondern auch eine Verschwendung der bereits eingesetzten Ressourcen.

3. **Notwendigkeit der Verkehrsvereinfachung:**

Der Kiesel am Bahnhof ist ein zentraler Bestandteil der Überlegungen, die Verkehrsströme in diesem Bereich zu optimieren. Ziel ist es, den Verkehr effizienter zu regeln, die Sicherheit zu erhöhen und eine nachhaltige Nutzung des Bahnhofsareals zu ermöglichen. Eine Verschiebung dieser Maßnahmen würde die Umsetzung dringend benötigter Verbesserungen unnötig verzögern.

4. **Unwissenheit und Populismus des Antrags:**

Der Antrag zeigt eine mangelnde Kenntnis über die Komplexität des Projekts und die damit verbundenen Planungsprozesse. Ein derart wichtiger Bereich wie der Bahnhof erfordert eine sorgfältige und langfristige Planung, die nicht durch populistische Forderungen gefährdet werden darf.

5. **Langfristige Perspektive und Verantwortung:**

Es liegt in der Verantwortung der Stadt, die Verkehrsplanung im Bereich des Bahnhofs mit Weitblick und unter Berücksichtigung aller relevanten Aspekte fortzuführen. Ein kurzfristiges Verschieben oder Streichen von Maßnahmen würde die Glaubwürdigkeit und die Verlässlichkeit der Stadt gegenüber Fördergebern und übergeordneten Behörden beeinträchtigen.

Fazit:

Die CDU/Küppers FDP-Gruppe lehnt den Antrag ab, da er auf falschen Annahmen basiert und die langjährigen Planungen für den Bahnhof sowie die damit verbundenen Verkehrsregelungen gefährden würde. Die Entwicklung des Bahnhofsumfeldes ist ein komplexes Thema, das nicht durch kurzsichtige und populistische Forderungen beeinträchtigt werden sollte. Die fortgeführten Planungen und die langfristige Ausrichtung sind im Interesse der gesamten Stadt und ihrer Verkehrsinfrastruktur.